

Zusammenfassung

Klimaschädliche Investitionen trotz Klimaschutzversprechen Deutschlands größte Fondsgesellschaften im Branchenvergleich

Der Bericht prüft die Paris-Kompatibilität der Investitionspolitik der vier größten Fondsgesellschaften Deutschlands, die DWS von der Deutschen Bank, Allianz Global Investors (AGI) von der Allianz, Union Investment von der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die Deka von den Sparkassen, die zusammen mehr als 2 Billionen Euro verwalten.

Vorgehensweise

Die Paris-Kompatibilität der Fondsgesellschaften wird anhand der klimawissenschaftlichen Annahme untersucht, dass es zur Einhaltung des 1,5°-Ziels keine Investitionen in Öl- und Gasunternehmen geben darf, die Explorationen und Erschließungen neuer Öl und Gasvorkommen planen. Im Kohlebereich müssen die finanzierten Unternehmen spätestens bis 2030 (OECD) bzw. 2040 (weltweit) aus der Kohle ausgestiegen sein, um im Einklang mit den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens zu handeln.

Die Analyse greift dabei auf die Global Coal Exit List (GCEL) und die Global Oil and Gas Exit List (GOGEL) der Umwelt-NGO Urgewald zurück. Neben den absoluten Investitionsvolumen in die beschriebenen klimakritischen Unternehmen steht auch die Frage im Vordergrund, wie sich die Summen im letzten Jahr nach der Veröffentlichung der ersten Analysen zu Paris-inkompatiblen Investitionen der Fondsgesellschaften in Deutschland entwickelt haben.

Ergebnisse der Analyse

- Alle vier untersuchten Fondsgesellschaften investieren trotz verbindlicher Versprechen zum Klimaschutz erhebliche Summen in fossile Unternehmen, deren Geschäftspraktiken eindeutig nicht mit den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens vereinbar sind.
- Mit 16,8 Milliarden US-Dollar an klimaschädlichen Kohle-, Öl- und Gasinvestments - und damit viermal so viel wie ihre direkten Konkurrenten - bleibt die DWS beim Klimaschutz das Schlusslicht der Branche.
- Die Veränderung des klimakritischen Exposures im Jahresverlauf zeigt, dass die DWS ihr kritisches Exposure um 3,2 Mrd. USD sichtbar reduzierte, es sich aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau befindet. Die AGI reduzierte ihr Exposure um 0,6 Mrd. USD, während Union Investment und Deka ihre kritischen Investitionen um 0,26 Mrd. USD bzw. 0,37 Mrd. USD erhöhten und damit ihre Klimaschutz-Ambitionen unterlaufen.
- Trotz des starken Rückgangs um mehr als 3 Mrd. USD ist die Reduktion der klimawirksamen Emissionen bei genauerer Betrachtung der Ursachen der Veränderung wohl nicht auf Klimaschutz-Überlegungen zurückzuführen. Denn statt eines konsequenten Ausstiegs aus den umstrittensten Sektoren, wie z.B. Kohle, wurden von der DWS vor allem US-amerikanische Öl- und Gasunternehmen

reduziert, was die Vermutung nahelegt, dass es sich bei der identifizierten Veränderung in erster Linie um eine finanziell motivierte Repositionierung der Portfolien handelt.

- Besonders überraschend: Die sehr hohen Investitionen von 7,5 Milliarden US-Dollar in extrem klimaschädliche Kohleunternehmen wie Glencore konterkarieren nicht nur die Klimaversprechen der DWS, sondern irritieren auch angesichts der im April 2023 veröffentlichten Anlagerichtlinie, die einen Ausschluss dieser Kohleunternehmen in Aussicht stellte.
- Auch die Deka der Sparkassen investiert stark in klimaschädliche Kohleunternehmen und untergräbt damit ihre Klimaversprechen. Die genossenschaftliche Union Investment hat dagegen das geringste Engagement in Kohleunternehmen, was sich als Erfolg ihrer vergleichsweise strengen Anlagerichtlinie interpretieren lässt.

Greenpeace Forderungen

1. Die Fondsgesellschaften müssen ihre Anlagerichtlinien insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Öl- und Gasunternehmen weiterentwickeln und konkrete Schritte unternehmen, um ihre Investitionen in diese Unternehmen abzubauen und mit den Zielen des Pariser Abkommens in Einklang zu bringen. Dafür braucht es eine wirkungsvolle Öl- und Gasrichtlinie.
2. Die Fondsgesellschaften müssen sicherstellen, dass ihre Richtlinien umfassend und wirksam sind. Eine offensichtlich mangelhafte Umsetzung, wie z.B. bei der DWS-Kohle-Policy, die trotz scheinbar strenger Ausschlussregeln immer noch umfangreiche Kohleinvestments zulässt, muss korrigiert werden.

Kontakte für Medienanfragen:

Dr. Mauricio Vargas
Greenpeace Deutschland
Tel. +49(0)151-11765567
Email: mvargas@greenpeace.org